



Hauptstadtbrief

von Klaus-Peter Willsch MdB

Nr. 109

Nachrichten und Notizen

23.11.2012

aus Berlin und dem Wahlkreis Rheingau-Taunus/Limburg

Sehr geehrte Damen und Herren,

liebe Freunde,

die vergangene Sitzungswoche stand voll und ganz im Zeichen des Haushalts für das kommende Jahr. In zweiter und dritter Lesung haben wir die erneut sehr aufreibenden Haushaltsberatungen abgeschlossen.

Haushaltsberatungen

Als Ziel der parlamentarischen Beratungen des Bundeshaushalts 2013 hatten wir uns vorgenommen, keine höhere Neuverschuldung zuzulassen, als im Regierungsentwurf vorgesehen war. Mit anderen Worten: Alle Veränderungen am Entwurf mussten gegenfinanziert werden. Das ist uns nicht nur gelungen, sondern wir haben unser Ziel sogar noch übertroffen und konnten die geplante Nettokreditaufnahme um 1,7 Mrd. Euro auf 17,1 Mrd. Euro absenken. Damit unterschreiten wir die nach der Schuldenbremse maximal zulässige Nettokreditaufnahme von 41,4 Mrd. Euro um 24,3 Mrd. Euro. Wir haben in der Koalition Ehrgeiz und Disziplin bewiesen.

Die strukturelle Neuverschuldung sinkt kontinuierlich von 20 Mrd. Euro im Jahr 2011 auf 15 Mrd. Euro im laufenden und 8,8 Mrd. Euro im kommenden Jahr. Der für 2014 angestrebte strukturelle Haushaltsausgleich rückt in greifbare Nähe. Und die nach der Schuldenbremse mögliche strukturelle Nettokreditaufnahme von 0,35% des BIP halten wir 2013 bereits drei Jahre früher ein als vom Grundgesetz verlangt.

Auf der Ausgabenseite ist uns eine einmalige Leistung in der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland gelungen: Die Ausgaben sinken im kommenden Jahr gegenüber dem Beginn der Legislaturperiode in 2010 nominal ab - trotz abnehmender Konjunktur- und erheblichen Mehrbelastungen.

Konsolidierung heißt aber nicht „Kaputtsparen“ - im Gegenteil: Wir sanieren den Bundeshaushalt wach-

tumsfreundlich und haben daher im parlamentarischen Verfahren wie schon im vergangenen Jahr zusätzliche Mittel für Straße, Bahn und Wasserwege bereitgestellt. Nach der zusätzlichen Milliarde vom vergangenen Jahr stellt die Koalition 2013 zusätzliche 750 Mio. Euro vorrangig für Neubauprojekte zur Verfügung. Wir stärken nicht nur den Haushalt, sondern auch den Standort.

Griechenland

„Es gibt keine Garantien, dass der eingeschlagene Weg zum Erfolg führt. Es ist möglicherweise auch nicht das letzte Mal, dass sich der Deutsche Bundestag mit Finanzhilfen für Griechenland befassen muss,“ so unser Bundesminister der Finanzen, Dr. Wolfgang Schäuble, in einem Brief an die Mitglieder der CDU/CSU-Bundestagsfraktion vom 24. Februar 2012.

Da ist er aus Schaden vorsichtig geworden. Am 24. Juli 2010 hat er der FAZ noch in einem Interview folgende Wette angeboten: „Solange Angela Merkel Bundeskanzlerin ist und ich Finanzminister bin, würden Sie diese Wette verlieren. Die Rettungsschirme laufen aus. Das haben wir klar vereinbart.“

Inzwischen sind zwei Dinge festzuhalten. Der eingeschlagene Weg führt offensichtlich nicht zum Erfolg. Und noch kein Jahr nach diesen Worten werden wir Abgeordneten des Deutschen Bundestag wieder zusammengesammelt, um über neue Gelder für Griechenland zu entscheiden.

Doch um was geht es eigentlich in diesen Tagen? Griechenland soll bis zum Jahr 2020 seinen Schuldenstand auf 120% der Jahreswirtschaftsleistung (BIP) senken. Zunächst muss man aber festhalten, dass die „120%“ völlig aus der Luft gegriffen sind. Die Zahl ist politisch gewollt, aber ökonomisch vollkommen unbegründet. Wie 120% Schuldenstand eine Schuldentragfähigkeit widerspiegeln soll, ist mir ein

Rätsel. Der Vertrag von Maastricht sieht aus gutem Grund 60% vor.

Damit das Land dieses Phantomziel erreichen kann, wurde u.a. bereits ein Schuldenschnitt bei den privaten Gläubigern im Frühjahr durchgeführt und weitere Reformen vereinbart. Nach wenigen Monaten liegt Griechenland aber bereits so stark hinter dem Plan, dass es zusätzlich weitere Milliarden braucht. Es geht also nicht nur um die Auszahlung einer weiteren Tranche aus dem 144 Mrd. Euro schweren Griechenland-2-Paket vom Februar dieses Jahres, sondern um weitere rund 14 Mrd. Euro. Aber so genau kann das niemand zum jetzigen Zeitpunkt beziffern.

Ich würde mir wünschen, dass Griechenland die vereinbarten Reformen mit der gleichen Energie umsetzt – nicht nur beschließt – wie es die Nachverhandlungen betreibt. Vielmehr droht Griechenland seinen Gläubigern mit dem eigenen Bankrott. Wir müssen endlich diese falsche Politik ändern. Seit Frühjahr 2010 hat allein Deutschland Griechenland mehr als 93 Mrd. Euro zur Verfügung gestellt. Wir dürfen nicht darüber diskutieren, noch mehr Geld ins Feuer zu werfen. Denn außer einem Strohfeder wird es nichts geben. Seit dem Beginn der „Rettungspolitik“ ist rein gar nichts besser geworden. Der Schuldenschnitt ist verpufft. Die Aussichten sind düster.

In diesem Jahr wird Griechenland einen Schuldenstand in Höhe von 176,7% erreichen. Für das nächste Jahr prognostiziert die Europäische Kommission bereits 188,4%. Der eingeschlagene Weg führt also nicht zum Erfolg. Wir müssen endlich die Alternativen ins Auge fassen. Griechenland muss aus dem Euro austreten. Denn allein mit der Einführung einer eigenen Währung hätte Griechenland endlich die Chance auf einen Neuanfang.

Die gegenwärtige Reformpolitik (die Wirtschaftswissenschaftler sprechen hier von einer „internen Abwertung“) wird von der Bevölkerung nicht mitgetragen. Und das ist auch menschlich verständlich, denn eine Politik kann nur dann die Menschen für sich gewinnen, wenn sie zumindest mittelfristig eine Perspektive für den Einzelnen bietet. Die Rettungsschirmpolitik treibt Griechenland nur immer weiter in die Rezession.

Die Troika ist mit ihrer Mission gescheitert. Die Europäische Union war nie und die Europäische Zentralbank ist längst nicht mehr unabhängig. 50 Milliarden griechische Schrottpapiere hat die EZB mittlerweile in ihren Büchern stehen. Die einzige relativ unabhängige Institution innerhalb der Troika ist der IWF, der sich offensichtlich mehr als schwer tut, sich weiterhin an dieser hemmungslosen Schuldenorgie zu beteiligen. Der IWF hat einen Ruf zu verlieren; er ist bewährter Profi in Sachen Schuldenrestrukturierung. Und der IWF hat auch schon die Kraft aufge-

bracht, Schuldenstaaten den Geldhahn zuzudrehen, wenn diese sich nicht an die Auflagen gehalten haben. Die betroffenen Staaten haben dann meist schnell eingesehen, dass sie selbst ihr Verhalten ändern müssen und nicht die Kreditgeber ihre Auflagen. Doch genau dieser Lerneffekt setzt bei Griechenland nicht ein, weil Nachverhandlungen immer erfolgreich sind. Was nützen Gesetze und Reformen, wenn diese zwar beschlossen, aber letztendlich nicht umgesetzt werden. Ich jedenfalls werde für keinen weiteren Cent für Griechenland stimmen. Das verspreche ich Ihnen.

Wer sich noch einmal einen kurzen, aber fundierten Überblick über die Euro-Krise verschaffen möchte, dem empfehle ich die Lektüre des Büchleins „Chronologie der Euro-Krise. Eine aktuelle Bestandaufnahme“ von Dr. Bernd Rodewald.

Bahnlärm im Mittelrheintal

In Sachen Güterverkehrslärm im Rheintal hat sich in letzter Zeit einiges getan. Erst an diesem Dienstag sorgten die Äußerungen des rheinland-pfälzischen Verkehrsministers Roger Lewentz, wonach eine alternative Güterstrecke zur Rheintalschiene vom Tisch sei, für Verwirrung und Unruhe. Was war passiert? Der Verkehrsausschuss des Bundestages hatte in seiner Sitzung am Montag einen Antrag der SPD-Fraktion abgelehnt, in dem es unter anderem hieß: „Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf, eine Machbarkeitsstudie hinsichtlich möglicher neuer Schienengüterverkehrstrassen und der Umleitung des Güterfernverkehrs über andere bestehende Bahntrassen sowie deren Ertüchtigung zu erstellen.“

Vollmundig verkündeten einige SPD-Verkehrspolitiker und eben Herr Lewentz das Aus der Alternativtrasse, sehr wohl wissend, dass ein bestehender Antrag von CDU/CSU und FDP gleichermaßen die Prüfung einer alternativen Gütertrasse fordert. Dort wird die Bundesregierung aufgefordert, „bei der Studie des BMVBS zur Entwicklung einer verkehrlichen Konzeption für den Eisenbahnkorridor Mittelrheinachse auch die Prüfung einer alternativen Streckenführung für den Güterverkehr im Mittelrheintal vorzunehmen.“ Unser Antrag wird nächsten Donnerstag gegen 16.30 Uhr in 2./3. Lesung verabschiedet werden.

Diesen ganz normalen parlamentarischen Vorgang, einen Antrag der Opposition abzulehnen, weil man den eigenen Koalitionsantrag für besser befunden hat, dermaßen umzudeuten, ist ein grob fahrlässiges Verhalten von Herrn Lewentz. Offenbar denkt die SPD hierbei schon an die anstehenden Wahlkämpfe und ist

ausschließlich auf schlechte Presse der Regierungskoalition bedacht. Derart mit den Sorgen und Nöten der betroffenen Anwohner zu spielen, ist dem Verhalten eines Ministers unwürdig und wurde von der Presse zum Glück auch so bewertet. CDU/CSU und FDP setzten sich für die Belange der Menschen im Mittelrheintal ein und werden die Prüfung einer Alternativstrecke durch das Verkehrsministerium vorantreiben. Für mich steht in jedem Falle fest, dass das Lärmproblems entlang des Rheins in keinem Falle für parteipolitische Taktierereien missbraucht (oder genutzt) werden sollte.

Vielmehr muss der Dialog von Politik, Deutscher Bahn AG und den betroffenen Bürgen verstärkt werden. Ein solcher Schritt in die richtige Richtung ist dabei die Gründung des Projektbeirats Mittelrhein, die Anfang Dezember stattfinden wird. Das erste Mal habe ich das Gefühl, dass es der Deutschen Bahn AG mit dem Lärmschutz wirklich ernst ist. In diesem Projektbeirat werden Politik, Bahn und Bürgerinitiativen an einem Tisch sitzen, um gemeinsam Lösungskonzepte zu erarbeiten. Ich selbst werde als Wahlkreisabgeordneter daran mitwirken und erhoffe mir aus der Zusammenarbeit wichtige Impulse für die Zukunft des Rheintals.

Am nächsten Donnerstag werden wir zudem den so genannten Schienenbonus endgültig abschaffen. Einem entsprechenden Gesetzentwurf der Koalitionsfraktionen CDU/CSU und FDP zum Elften Gesetz zur Änderung des Bundes-Immissionsschutzgesetzes ([17/10771](#)) stimmte der Ausschuss für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung am Montagnachmittag bei Enthaltung der Oppositionsfraktionen SPD, Die Linke und Bündnis 90/Die Grünen zu.

Großer Preis des Mittelstandes

Wie Sie wissen, fühle ich mich dem Mittelstand besonders verpflichtet. Der Mittelstand ist das wirtschaftliche Rückgrat unseres Landes. Aus diesem Grund engagiere ich mich auch im Parlamentskreis Mittelstand der CDU/CSU-Bundestagsfraktion (PKM). Im PKM, der mehr Mitglieder als die gesamte SPD-Fraktion hat, bin ich Vorstandsmitglied.

Nun wird bereits zum 19. Mal der „Große Preis des Mittelstandes“ ausgeschrieben. Ich bin aufgefordert worden, mittelständische Unternehmen, die eine hervorragende Entwicklung in den letzten Jahren gezeigt haben, die mit Flexibilität, Mut und Ideenreichtum Arbeitsplätze schaffen und sichern und sich nicht zuletzt auch regional engagieren, für den Preis vorzuschlagen. Unternehmen, die für den Preis in Frage kommen, sollten mindestens zehn Arbeitsplätze und 1,0 Mio. Euro Umsatz aufweisen; wenigstens drei

Jahre stabil am Markt tätig sowie frei von kommunaler oder staatlicher Beteiligung sein. Weitere Informationen können Sie unter <http://www.mittelstandspreis.com/> abrufen. Falls Sie sich angesprochen fühlen, lassen Sie es mich bitte - verbunden mit einer kurzen Begründung - wissen.

Bundestagswahl 2013

Inzwischen habe ich auch eine große Hürde auf dem Weg zur Bundestagswahl im nächsten Jahr genommen. Nachdem mich im Oktober mein eigener CDU-Kreisvorstand und der Kreisvorstand der Limburg-Weilburger Christdemokraten einstimmig für eine weitere Legislaturperiode im Deutschen Bundestag nominiert hatten, sprachen mir nun auch die Delegierten ihr Vertrauen aus. Mit 89,4 % Zustimmung bin ich als Kandidat der CDU im Wahlkreis Rheingau-Taunus/Limburg für die Bundestagswahl im nächsten Jahr aufgestellt worden.

Ihr



Weiterleitung des Briefes

Ich darf Sie herzlich bitten, den Hauptstadtbrief möglichst breit im Familien- und Bekanntenkreis zu verteilen. Vielen Dank.

Aufnahme in den Verteiler

Wer in den E-Mail- oder Fax-Verteiler des Hauptstadtbriefes aufgenommen werden möchte, kann dies jederzeit über mein Berliner Büro veranlassen.